

Inhaltsübersicht

Seite

Vorwort zur vierten Auflage	V
Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Teil A	
Vergütung in Insolvenzverfahren	1
§ 1 Allgemeine Grundlagen zur Vergütung in Insolvenzverfahren	3
I. Die Ziele der InsO und die Entlohnung der Organe des Insolvenzverfahrens	6
1. Die Ziele der InsO	6
2. Die Organe des Insolvenzverfahrens	8
3. Was kostet ein Insolvenzverfahren?	23
4. Die Vergütung im Insolvenzverfahren in der öffentlichen Wahrnehmung	30
II. Die Geschichte des Vergütungsrechts	31
1. Die Vergütung in Anwendung allein des § 85 KO	31
2. Die Verordnung über die Vergütung des Konkursverwalters, des Vergleichsverwalters, der Mitglieder des Gläubigerausschusses und der Mitglieder des Gläubigerbeirates (VergVO) vom 25.5.1960	33
3. Die Insolvenzzrechtliche Vergütungsverordnung vom 19.8.1998	36
4. Die Änderungen der InsVV	37
5. Reformbestrebungen	43
III. Die Literatur zum Vergütungsrecht	47
1. Kommentierungen der InsVV	47
2. Kommentierungen zur InsO	48
3. Handbücher und Monographien	49
§ 2 Der Anspruch auf angemessene Vergütung	51
I. Rechtliche Grundlagen des Anspruchs der Organe des Insolvenzverfahrens auf angemessene Vergütung	54
1. Der Anspruch auf angemessene Vergütung	54

VII

2.	Die Rechtsnatur des Vergütungsanspruchs	55
3.	Entstehen und Fälligkeit des Vergütungsanspruchs	56
4.	Der Schuldner des Vergütungsanspruchs	63
5.	Die Verjährung des Vergütungsanspruchs	80
6.	Keine Kürzung der Vergütung bei vermeintlich mangelhafter Leistung	83
7.	Die Verwirkung des Vergütungsanspruchs	85
II.	Die Angemessenheit der Vergütung	87
1.	Die Angemessenheit der Vergütung im Allgemeinen	87
2.	Die Angemessenheit zur Sicherung verfassungsrechtlich garantierter Berufsausübung	89
3.	Einzelfallbezogene Angemessenheit oder Mischkalkulation	91
4.	Die Angemessenheit unter Berücksichtigung der Verfahrensdauer	96
5.	Die Vergütung als Tätigkeitshonorar mit Erfolgscharakter	96
6.	Keine Vergleichbarkeit zur Vergütung nach Stundensätzen	98
7.	Die Angemessenheit scheinbar zu hoher Vergütung	100
8.	Der Vergütungsanspruch in Konkurrenz zu den Interessen der Gläubiger und des Schuldners	103
9.	Absolute oder relative Begrenzung des Vergütungsanspruchs	106
10.	Zusammenfassung	108
III.	Aufgabendelegation durch den Insolvenzverwalter und vergütungsrechtliche Auswirkungen	109
1.	Interne und externe Delegation	109
2.	Die Zulässigkeit externer Delegation unter Gesichtspunkten wirtschaftlich sinnvollen Handelns	111
3.	Die Beauftragung von Unternehmen mit wirtschaftlicher Beteiligung des Insolvenzverwalters	112
4.	Die eigene Wahrnehmung einzelner Tätigkeiten bei besonderer Sachkunde	115
5.	Einzelfälle	122
6.	Die Dokumentationspflicht nach § 8 Abs. 2 InsVV	129
7.	Die vergütungsrechtlichen Folgen der Delegation	130
IV.	Das Grundsystem der Vergütungsbestimmung nach §§ 63 ff. InsO	132
1.	Die Vergütung als degressiv steigender Vomhundertsatz der Insolvenzmasse	132
2.	Die Erhöhung oder Kürzung des Regelsatzes entsprechend den Besonderheiten des Einzelfalles	133
3.	Der Ersatz von Auslagen und Umsatzsteuer	134

4. Prüfungsreihenfolge zur Vergütungsfeststellung	134
5. Die Festsetzung der Vergütung nach § 64 InsO	134
6. Keine Vergütungsbestimmung im Insolvenzplan	141
§ 3 Die Bestimmung der Berechnungsgrundlage nach § 1 InsVV	147
I. Der Anwendungsbereich von § 1 InsVV	150
1. Der Grundtatbestand des § 63 Abs. 1 InsO	150
2. Der konkrete Anwendungsbereich von § 1 InsVV	152
II. Die Berechnungsgrundlage der Vergütung nach § 1 Abs. 1 InsVV	152
1. Die Insolvenzmasse im Zeitpunkt der Beendigung des Verfahrens	152
2. Die Schlussrechnung in den verschiedenen Arten der Verfahrensbeendigung	155
3. Die Bewertung einzelner Vermögenswerte	159
4. Massezufluss nach Schlussrechnungslegung	167
5. Bewertung von Sondermassen	171
6. Berechnungsgrundlage bei Entlassung des Insolvenzverwalters	173
7. Berechnungsgrundlage bei Sonderinsolvenzverwaltung	174
III. Die Berücksichtigung besonderer Vermögenswerte nach § 1 Abs. 2 InsVV	175
1. Zweck der Regelung	175
2. Behandlung von Absonderungsrechten (§ 1 Abs. 2 Nr. 1, 2 InsVV)	176
3. Aufrechenbare Forderungen (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 InsVV)	193
4. Berücksichtigung von Masseverbindlichkeiten (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 InsVV)	193
5. Abzug eigener Gebühren und Vergütungen (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 lit. a, § 5 InsVV)	198
6. Insolvenzmasse bei Unternehmensfortführung (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 lit. b InsVV)	198
7. Kostenvorschuss und Massedarlehen (§ 1 Abs. 2 Nr. 5 InsVV)	202
IV. Berechnungsgrundlage und Vergütung bei grenzüberschreitenden Insolvenzverfahren	203
1. Fragestellungen	203
2. Der Umfang der Insolvenzmassen in den jeweiligen Verfahren	204
3. Die Haftung für Masseverbindlichkeiten in Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	206
4. Die Deckung der Massekosten i. S. der §§ 53, 54 InsO	207
5. Die Bestimmung der Berechnungsgrundlage der Vergütung	209

§ 4 Die Regelvergütung des § 2 InsVV	211
I. Das vergütungsrechtliche Normalverfahren einer Insolvenz	213
1. Die Regelvergütung des § 2 InsVV allgemein	213
2. Der Begriff des vergütungsrechtlichen Normalverfahrens	214
3. Zusammenfassung	228
II. Die Berechnung der Regelvergütung nach § 2 Abs. 1 InsVV	230
1. Konkrete Berechnung im Einzelfall	230
2. Berechnungsformel	231
III. Der Degressionsausgleich nach § 3 Abs. 1 lit. c InsVV	232
1. Der Degressionsausgleich als singulärer Tatbestand zu § 2 Abs. 1 InsVV	232
2. Der Umfang der Insolvenzmasse	233
3. Der besondere Arbeitsaufwand	234
4. Keine Vermischung mit anderen Erhöhungstatbeständen	234
5. Die Berechnung des Degressionsausgleichs	235
IV. Die Mindestvergütung nach § 2 Abs. 2 InsVV	238
1. Das Insolvenzverfahren über das Vermögen natürlicher Personen bei Gewährung von Kostenstundung (§§ 4a ff. InsO)	238
2. Aspekte der rechtsgeschichtlichen Entwicklung zur Mindestvergütung	240
3. Die Vergütung des Insolvenzverwalters in den bis 31.12.2003 eröffneten Insolvenzverfahren	245
4. Die Berechnung der Mindestvergütung nach § 2 Abs. 2 InsVV	247
5. Das Sonderproblem einer übergroßen Gläubigerzahl	254
6. Die Ermittlung der maßgeblichen Vergütung unter Berücksichtigung von Erhöhungskriterien	261
§ 5 Die Erhöhung oder Kürzung der Vergütung nach § 3 InsVV	263
I. Grundüberlegungen zu Erhöhung und Kürzung der Regelvergütung	266
1. Zweck der Vorschrift	266
2. Abweichung vom vergütungsrechtlichen Normalfall	266
II. Die Systematik der Erhöhung und Kürzung der Vergütung	267
1. Die Bestimmung des Normalverfahrens als Ausgangs- tatbestand	267
2. Quantitative und qualitative Tatbestände einer Erhöhung oder Kürzung	267

3. Die Bildung von Fallgruppen	268
4. Maßgeblichkeit der tatsächlichen Arbeitsbelastung	271
5. Feststellung von Erhöhung und Kürzung durch das Gericht	272
6. Die konkrete Bestimmung einer Erhöhung oder Kürzung	273
7. Die Rechtsprechung des BGH	280
8. Berechnung	286
 III. Erhöhungstatbestände alphabetisch	 287
1. Abschlagsverteilung	287
2. Altlastensanierung	287
3. Anfechtung von Rechtshandlungen nach §§ 129 ff. InsO	288
4. Arbeitnehmerangelegenheiten (§ 3 Abs. 1 lit. d InsVV)	290
5. Auslandsvermögen und Auslandsberührung	292
6. Aus- und Absonderungsrechte (§ 3 Abs. 1 lit. a InsVV)	293
7. Bank- und Kapitalmarktrecht	296
8. Branchentypika	296
9. Berichtswesen	297
10. Buchhaltung und Rechnungswesen	297
11. Erbbaurecht	298
12. Forderungsbeitreibung	298
13. Gläubigerzahl	299
14. Genossenschaftsinsolvenz	299
15. Gesellschaftsrechtliche Beteiligungen	299
16. Gläubigerausschuss	300
17. Haftungsrisiko	301
18. Immobilienverwaltung (§ 3 Abs. 1 lit. b InsVV)	302
19. Insolvenzplan (§ 3 Abs. 1 lit. e InsVV)	303
20. Insolvenzstatistik	304
21. Kalte Zwangsverwaltung	304
22. Medienarbeit	310
23. Mehrere Betriebsstätten	310
24. Neue Bundesländer	311
25. Prozessführung	311
26. Sanierungsmaßnahmen	312
27. Schuldnerverhalten	316
28. Unternehmensfortführung (§ 3 Abs. 1 lit. b InsVV)	317
29. Verwertungsprobleme	329
30. Zustellungswesen	330
 IV. Kürzungstatbestände alphabetisch	 330
1. Arbeitersparnis durch vorläufige Insolvenzverwaltung (§ 3 Abs. 2 lit. a InsVV)	 330

2. Delegation an externe Dienstleister	333
3. Hohe Insolvenzmasse und geringer Arbeitsbelastung (§ 3 Abs. 2 lit. d InsVV)	335
4. Überschaubare Vermögensverhältnisse (§ 3 Abs. 2 lit. e InsVV)	337
5. Vorzeitige Beendigung des Amtes (§ 3 Abs. 2 lit. c InsVV)	338
6. Wesentliche Masseverwertung (§ 3 Abs. 2 lit. b InsVV)	338
V. Synopse der Erhöhungstatbestände nach Faustregeltabellen	338
VI. Synopse der Kürzungstatbestände nach Faustregeltabellen	353
§ 6 Vergütung in besonderen Verfahrensgestaltungen	357
I. Die Vergütung des Insolvenzverwalters im Falle vorzeitiger Beendigung	357
1. Der Anspruch auf Vergütung	357
2. Die Berechnungsgrundlage für die Vergütung	358
3. Die Regelvergütung nach § 2 InsVV	359
4. Die Kürzung der Vergütung wegen vorzeitiger Beendigung nach § 3 Abs. 2 lit. c InsVV	359
5. Die Berücksichtigung sonstiger Erhöhungs- oder Kürzungs- tatbestände	360
II. Die Vergütung des Sonderinsolvenzverwalters	361
1. Grundlagen der Vergütungsgewährung	361
2. Die Berechnungsgrundlage der Vergütung	362
3. Angemessener Bruchteil der Regelvergütung	362
4. Erhöhung oder Kürzung entsprechend § 3 InsVV	362
5. Vergütung bei Forderungsprüfung	363
III. Besonders zu vergütende Tätigkeiten (§ 6 InsVV)	363
1. Durchführung einer Nachtragsverteilung (§ 6 Abs. 1 InsVV)	363
2. Überwachung eines Insolvenzplans (§ 6 Abs. 2 InsVV)	365
§ 7 Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	367
I. Grundlagen des Vergütungsanspruchs	370
1. Der Anspruch auf angemessene Vergütung	370
2. Vergütungsanspruch neben sonstigen Vergütungen	370
3. Der Schuldner der Vergütung	372
4. Das Grundsystem zur Bestimmung der Vergütung	373

II.	Rechtsentwicklung und Rechtspolitik zur Berechnungsgrundlage der Vergütung	373
1.	Der Widerstreit zwischen Verordnungsgeber, BGH und Gesetzgeber	373
2.	Die Vergütung bezogen auf das der vorläufigen Verwaltung unterliegende Vermögen	375
3.	BGH-Beschluss vom 14.12.2000	376
4.	Änderung des § 11 Abs. 1 Satz 2 InsVV durch Verordnung vom 4.10.2004	379
5.	BGH-Beschlüsse vom 14.12.2005 und vom 13.7.2006	380
6.	Die Änderung des § 11 InsVV durch Verordnung vom 21.12.2006	381
7.	Nachhutgefechte der Literatur	383
8.	BGH-Beschlüsse vom 15.11.2012	384
9.	Änderung des § 63 InsO und des § 11 InsVV durch Gesetz vom 15.7.2013	388
10.	Die Vergütungsbestimmung de lege ferenda	397
III.	Die Bestimmung der Berechnungsgrundlage nach § 63 Abs. 3 InsO mit § 11 InsVV	401
1.	Das Vermögen bei Beendigung der vorläufigen Insolvenzverwaltung	401
2.	Die Einbeziehung der mit Fremdrechten behafteten Gegenstände in die Berechnungsgrundlage	404
3.	Die Bewertung der Vermögenswerte	411
4.	Die nachträgliche Änderung der Vergütung nach § 63 Abs. 3 Satz 4 InsO	415
5.	Die Einbeziehung von Anfechtungsansprüchen und Ansprüchen aus Gesellschafterleistungen	419
6.	Analoge Anwendung der Tatbestände des § 1 Abs. 2 InsVV	422
7.	Der Vermögensbewertung zu Grunde liegende Unterlagen	424
IV.	Der angemessene Bruchteil nach § 63 Abs. 3 Satz 2 InsO als Regelvergütung	428
1.	Rechtsentwicklung	428
2.	Die Rechtsprechung des BGH zum angemessenen Bruchteil	429
3.	Änderung des § 11 Abs. 1 Satz 2 InsVV durch Verordnung vom 4.10.2004	430
4.	Die Mindestvergütung entsprechend § 2 Abs. 2 InsVV	431
V.	Die Erhöhung der Vergütung entsprechend § 3 Abs. 1 InsVV	431
1.	Der Normalfall einer vorläufigen Insolvenzverwaltung	431

2. Erhöhungs- und Kürzungstatbestände der Vergütung entsprechend § 3 Abs. 1 und 2 InsVV nach der Rechtsprechung der Instanzgerichte	432
3. Erhöhungstatbestände nach der Rechtsprechung des BGH	435
4. Die Berechnung der Erhöhung der Vergütung	440
VI. Vergütungsfestsetzung und Sachverständigenvergütung	443
1. Auslagenersatz und Umsatzsteuer	443
2. Das Verfahren der Vergütungsfestsetzung	444
3. Die Vergütung als Sachverständiger nach § 9 JVEG	444
§ 8 Die Vergütung des Sachwalters bei Eigenverwaltung	445
I. Befugnisse und Aufgaben des Sachwalters bei der Eigenverwaltung	445
1. Die Bedeutung der Eigenverwaltung	445
2. Die Aufgabenverteilung zwischen Schuldner und Sachwalter	446
3. Die spezifischen Aufgaben des Sachwalters	448
II. Die Berechnung der Vergütung	448
1. Grundlagen der Vergütungsregelung	448
2. Die Bestimmung der Berechnungsgrundlage	448
3. Die Regelvergütung des Sachwalters	449
4. Erhöhung und Minderung der Regelvergütung	451
5. Vergütung bei Planüberwachung	453
III. Auslagenersatz und Vergütungsfestsetzung	453
1. Auslagenersatz und Umsatzsteuer	453
2. Verfahren der Vergütungsfestsetzung	454
§ 9 Die Vergütung des vorläufigen Sachwalters	455
I. Rechtsstellung und Aufgaben des vorläufigen Sachwalters	456
1. Aufgaben des vorläufigen Sachwalters im Vergleich zum vorläufigen Insolvenzverwalter	456
2. Aufgaben des vorläufigen Sachwalters im Vergleich zum Sachwalter im eröffneten Insolvenzverfahren	456
II. Grundlagen des Vergütungsanspruchs	457
1. Grundsätzliche Fragestellungen	457
2. Systematik des Vergütungsrechts zwischen Eröffnungsverfahren und eröffnetem Verfahren	458

III.	Die Bestimmung der Berechnungsgrundlage	459
1.	Entsprechende Anwendung der §§ 63 Abs. 3 InsO und § 11 InsVV	459
2.	Erhebliche Befassung von Vermögenswerten mit Aus- und Absonderungsrechten	459
IV.	Die Regelvergütung des vorläufigen Sachwalters	460
1.	Unmittelbare Anwendung des § 12 InsVV	460
2.	Anwendung des § 11 InsVV auf die Vergütung nach § 12 InsVV	460
3.	Unmittelbare Anwendung des § 11 InsVV	461
V.	Die Erhöhung und Kürzung der Vergütung nach § 3 InsVV	462
1.	Das Normalverfahren einer vorläufigen Sachwaltung	462
2.	Tatbestände der Erhöhung oder Kürzung der Vergütung	464
3.	Unmittelbare Erhöhung des Prozentsatzes der Vergütung	464
4.	Vorzeitige Beendigung der vorläufigen Sachwaltung	465
VI.	Auslagenersatz und Umsatzsteuer	465
1.	Der Auslagenersatz nach § 8 Abs. 3 InsVV	465
2.	Die Erstattung der Umsatzsteuer	466
3.	Das Verfahren der Vergütungsfestsetzung	466
§ 10	Die Vergütung des Insolvenzverwalters im Verbraucher- insolvenzverfahren	467
I.	Die Rechtsentwicklung der Verbraucherinsolvenz	468
1.	Das Verbraucherinsolvenzverfahren als Sonderverfahren	468
2.	Praktische Umsetzung des vereinfachten Verfahrens	469
3.	Übergangsrecht	470
II.	Die Vergütung des Treuhänders in vereinfachten Insolvenzverfahren bis 30.6.2014	470
1.	Abgrenzung zwischen Regelinsolvenz und vereinfachtem Insolvenzverfahren	470
2.	Grundlagen der Vergütung des Treuhänders	473
3.	Die Regelvergütung des § 13 Abs. 1 Satz 1 InsVV	474
4.	Die Mindestvergütung des § 13 Abs. 1 Satz 3 InsVV	479
5.	Vergütung bei Nachtragsverteilung	481
6.	Auslagenersatz und Umsatzsteuer	482
7.	Die Vergütung des vorläufigen Treuhänders	482

III.	Die Vergütung des Insolvenzverwalters in Verbraucherinsolvenzverfahren seit 1.7.2014	483
1.	Grundlagen	483
2.	Regelvergütung und Mindestvergütung	484
3.	Anwendung des § 3 InsVV	484
§ 11	Die Vergütung des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren	485
I.	Regelungsgehalt der §§ 14 bis 16 InsVV	485
1.	Aufgaben des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren	485
2.	Grundlagen zum Vergütungsanspruch	486
II.	Vergütung während des Abtretungszeitraums (§ 14 InsVV)	487
1.	Der Abgeltungsbereich der Vergütung	487
2.	Die Berechnung der Vergütung	487
3.	Vergütungserhöhung	489
4.	Die Mindestvergütung	489
5.	Die besondere Vergütung nach § 300a Abs. 3 InsO	492
III.	Überwachung der Obliegenheiten des Schuldners (§ 15 InsVV)	493
1.	Grundsatz	493
2.	Vergütung nach Zeitaufwand	494
IV.	Festsetzung der Vergütung (§ 16 InsVV)	494
1.	Festsetzung am Ende des Verfahrens	494
2.	Auslagen und Umsatzsteuer	495
3.	Vorschußentnahme	495
§ 12	Die Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	497
I.	Der Gläubigerausschuss und seine Mitglieder	498
1.	Die Einsetzung eines Gläubigerausschusses	498
2.	Die Mitglieder des Gläubigerausschusses	499
II.	Die Rechtsgrundlagen der Vergütung	499
1.	Der Vergütungsanspruch nach § 73 InsO	499
2.	Historie und Grundlagen zur Vergütung nach § 17 InsVV	501
3.	Die Anspruchsberechtigung einzelner Mitglieder	507

III.	Die Höhe der Vergütung nach § 17 InsVV	510
1.	Vergütung nach Zeitaufwand	510
2.	Vergütung als Anteil der Verwaltervergütung	514
3.	Die besondere Vergütung nach § 17 Abs. 2 InsVV	516
IV.	Das Festsetzungsverfahren	517
1.	Auslagen und Umsatzsteuer (§ 18 InsVV)	517
2.	Die Festsetzung der Vergütung	518
3.	Die Vorschussgewährung	519
§ 13 Auslagenersatz und Umsatzsteuererstattung		521
I.	Der Ersatz angemessener Auslagen (§ 4 InsVV)	522
1.	Die Unterscheidung zwischen allgemeinen Geschäftskosten und erstattungsfähigen Auslagen	522
2.	Einzelne erstattungsfähige Auslagen	523
II.	Die Verfahrensweise der Auslagenerstattung	531
1.	Auslagenerstattung mit Einzelnachweis	531
2.	Vergütungen für externe Dienstleister und Hilfskräfte	532
3.	Der pauschalisierte Auslagenersatz nach § 8 Abs. 3 InsVV	532
III.	Die Auslagenerstattung bei Beauftragung mit Zustellungen nach § 8 Abs. 3 InsO	535
1.	Die Entwicklung der Rechtsprechung	535
2.	Der Auslagenersatz nach Einzelabrechnung	538
3.	Zuschlagsgewährung zur Vergütung nach § 3 Abs. 1 InsVV	539
4.	Der Auslagenersatz für Zustellungen	541
IV.	Die Erstattung der Umsatzsteuer	542
1.	Die Erstattung der vollen Umsatzsteuer nach § 7 InsVV	542
2.	Der hälftige Umsatzsteuerausgleich nach § 4 Abs. 5 Satz 2 VergVO	544
§ 14 Das Verfahren der Vergütungsfestsetzung		547
I.	Allgemeine Grundsätze	548
1.	Vorüberlegungen zum Verfahren der Vergütungsfestsetzung	548
2.	Anwendungsbereich der § 8 InsVV und § 64 InsO	549
II.	<i>Antrag auf Vergütungsfestsetzung (§ 8 InsVV)</i>	<i>550</i>
1.	Zeitpunkt der Antragstellung	550
2.	Inhalt des Antrags	551

III.	Festsetzung der Vergütung	552
1.	Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	552
2.	Der Zeitpunkt der Festsetzung	556
3.	Gewährung rechtlichen Gehörs	557
4.	Inhalt des Vergütungsbeschlusses	560
5.	Bekanntgabe an die Beteiligten	563
6.	Die Haftung für Schäden bei verzögerter Vergütungs- festsetzung	564
IV.	Rechtsmittel gegen die Vergütungsfestsetzung	566
1.	Die sofortige Beschwerde (§ 6 InsO)	566
2.	Die Rechtsbeschwerde	573
3.	Rechtskraft der Vergütungsfestsetzung	577
4.	Entnahmerecht und Rückzahlungspflicht des Insolvenz- verwalters	577
V.	Gewährung eines Vorschusses auf die Vergütung (§ 9 InsVV)	578
1.	Zweck der Vorschussgewährung	578
2.	Voraussetzungen der Vorschussentnahme	579
3.	Berechnungsgrundlage und Höhe des Vorschusses	581
4.	Die Zustimmung des Gerichts	583
5.	Die Anfechtbarkeit der gerichtlichen Zustimmung	584
VI.	Musteranträge	586
1.	Allgemeine praktische Hinweise	586
2.	Vergütungsantrag vorläufiger Insolvenzverwalter	588
3.	Vergütungsantrag Insolvenzverwalter in der Unternehmens- insolvenz	598
4.	Festsetzungsbeschluss des Insolvenzgerichts	612
5.	Vergütungsantrag vorläufiger Sachwalter	616
6.	Vergütungsantrag Sachwalter im Eigenverwaltungsverfahren	623
7.	Vergütungsantrag Insolvenzverwalter in der Verbrauche- rinsolvenz	631

Teil B

Kosten im Insolvenzverfahren	639
---	------------

§ 15 Gerichtskosten	641
----------------------------------	------------

I.	Einführung	642
1.	Grundlagen des Kostenrechts im Insolvenzverfahren	642
2.	Die Gerichtskosten des Verfahrens im Überblick	643

II.	Gerichtskosten	644
1.	System der Gebührenatbestände	644
2.	Gegenstandswert, Fälligkeit und Kostenschuldner	645
3.	Gerichtliche Auslagen	651
4.	Gerichtskosten des Insolvenzeröffnungsverfahrens	652
5.	Gerichtskosten des eröffneten Insolvenzverfahrens	657
6.	Gerichtskosten in besonderen Verfahrensarten	661
7.	Kostenansatz und Rechtsbehelfsverfahren	665
III.	Die Gewährung der Kostenstundung nach § 4a InsO	666
1.	Überblick zum Regelungsgehalt der §§ 4a ff. InsO	666
2.	Die Voraussetzungen zur Kostenstundung	667
3.	Die Entscheidung über die Kostenstundung	670
4.	Die Beiordnung eines Anwalts nach § 4a Abs. 2 InsO	672
5.	Die Wirkungen der Kostenstundung	673
6.	Die Anordnung von Ratenzahlungen	674
7.	Abänderung getroffener Entscheidungen	676
§ 16 Die Vergütung des gerichtlich bestellten Sachverständigen		679
I.	Grundsätze zur Sachverständigenbeauftragung	679
1.	Der Amtsermittlungsgrundsatz des § 5 Abs. 1 InsO	679
2.	Die Sachverständigenbeauftragung in der Insolvenzpraxis	680
II.	Bestimmung der Sachverständigenvergütung	682
1.	Grundsatz der Stundensatzvergütung	682
2.	Der Sachverständige im Insolvenzeröffnungsverfahren	683
3.	Der Sachverständige zur Schlussrechnungsprüfung und zur Kassenprüfung	684
4.	Der Stundenaufwand	685
5.	Ersatz von Aufwendungen	686
III.	Verfahren der Festsetzung	686
§ 17 Kosten eines beauftragten Gerichtsvollziehers		687
I.	Aufgaben des Gerichtsvollziehers im Insolvenzverfahren	687
1.	Tätigwerden im Auftrag des Insolvenzverwalters	687
2.	Zwangsvollstreckung gegen den Insolvenzverwalter	688
II.	Die Gebührenatbestände des Gerichtsvollzieherkostengesetzes	688
1.	Allgemeine Regelungen	688
2.	Einzelne Gebühren im Insolvenzverfahren	689

§ 18 Rechtsanwaltsvergütung in Insolvenzverfahren	691
I. Anwendungsbereich des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes	691
1. Anpassung der Regelungen an die Insolvenzordnung	691
2. Überblick zum Regelungsgehalt der Nrn. 3313 ff. RVG VV	692
3. Die Gebühren des Rechtsanwalts als nachrangige Forderungen im Insolvenzverfahren	693
II. Beratung im Vorfeld der Insolvenz	694
1. Beratung eines Beteiligten bis 30.6.2006	694
2. Beratung eines Beteiligten seit 1.7.2006	694
III. Vertretung eines Beteiligten	696
1. Allgemeines	696
2. Prozessführung und Zwangsvollstreckung durch den Anwalt	696
IV. Vertretung im Insolvenzeröffnungsverfahren	697
1. Vertretung des Schuldners	697
2. Vertretung eines Gläubigers	697
V. Vertretung im Insolvenzverfahren	698
1. Allgemeine Verfahrensgebühr nach Nr. 3317 RVG VV	698
2. Forderungsanmeldung (Nr. 3320 RVG VV)	699
VI. Vertretung in besonderen Verfahrensarten	700
1. Insolvenzplanverfahren	700
2. Schuldenbereinigung und Verbraucherinsolvenz	702
3. Restschuldbefreiung	703
4. Beschwerdeverfahren	705

Anhang I

Insolvenzrechtliche Vergütungsverordnung (InsVV)	707
---	------------

Anhang II

Änderungshistorie zur Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	715
---	------------

Anhang III

Entwurf einer Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung (InsVV)

einschließlich Begründung	717
A. Allgemeine Begründung	717
1. Gesetzliche Grundlage	717
2. Vorarbeiten für das neue Vergütungsrecht	718

3. Ziele der Neuregelung des Vergütungsrechts	718
4. Wesentlicher Inhalt der neuen Vergütungsverordnung	719
5. Kosten und Preise	722
B. Verordnungstext mit Begründung	723

Anhang IV

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	743
--	------------

A. Allgemeine Begründung	743
1. Wesentlicher Inhalt der BGH-Entscheidungen	743
2. Konzept der Verordnung	744
3. Auswirkungen der Verordnung auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte, Kosten für die Wirtschaftsunternehmen und Auswirkungen auf das Preisniveau	747
B. Verordnungstext mit der Begründung zu den einzelnen Vorschriften	750

Anhang V

Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	761
--	------------

A. Allgemeine Begründung	761
1. Regelungsbedürfnis	761
2. Auswirkungen der Verordnung auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte, Kosten der Wirtschaftsunternehmen und Auswirkungen auf das Preisniveau	762
B. Verordnungstext mit Begründung	763
Stichwortverzeichnis	769